



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/296 - 27. Dezember 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886690

Hinweise auf den Inhalt:

Eine notwendige Erinnerung: Jahreswende 1954/55	S. 1
Römische Jahreswende	S. 3
Zur 60. Geburtstag Wilhelm Käßlers	S. 5
Zur Begegnung Nehru - Adenauer	S. 6

Zwei Jahre danach

Von Wilhelm Mellies, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Nach dem endgültigen Scheitern der EWG im französischen Parlament im August 1954 hatte man die Pariser Verträge abgeschlossen, um auf diese Weise die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik zu sichern und gleichzeitig die Bundesrepublik in die NATO aufzunehmen. In der westlichen Welt kam man zu der Überzeugung, dass damit der Status quo für absehbare Zeit festgelegt sei. Die Presse des Auslandes ging zum Teil so weit zu schreiben, dass derjenige in der Bundesrepublik, dem jetzt noch von der Wiedervereinigung redete, illegitim handele.

Diese Situation war der Anlass für eine Anzahl bekannter deutscher Persönlichkeiten, zu Anfang des Jahres 1955 in der Paulskirche in Frankfurt zum Widerstand gegen diese Politik aufzurufen. Die Bewegung hatte einen überraschenden Erfolg. Die Ratifizierung der Pariser Verträge konnte zwar nicht verhindert werden, aber der Widerhall im Lande war ein deutliches Anzeichen für die Bundesregierung. In der freien Welt musste man erkennen, dass für viele Millionen in der Bundesrepublik die Frage der Wiedervereinigung mehr war als ein blosses Lippenbekenntnis. Von diesem Zeitpunkt an begann die Diskussion über die Frage, wie eine Regelung gefunden werden könnte, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen. Schnell gewann die Erkenntnis Boden, dass die Wiedervereinigung nur dann zu erreichen sei, wenn man Deutschland aus den Militär-

pakten ausklammern.

Die Krise in den ersten Novembertagen 1956 zeigte der ganzen Welt, dass neue Wege in der Politik erforderlich sind. Nicht zu Unrecht ist das Wort Goethes aus der Schlacht von Valmy in den letzten Tagen wiederholt zitiert worden: "Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte an, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen." Das Versagen der Militärpakte in Ost und West, die überraschende Kraft der Vereinten Nationen haben der Welt die neuen Wege angedeutet. Jetzt gilt es, die Situation zu nützen. Wir Deutsche können es nicht tun mit geduldigen Abwarten, denn sonst geht die Entwicklung über uns hinweg, und es ist leicht möglich, dass sich die grossen Mächte ohne - und unter Umständen sogar gegen - uns einigen. Gewiss braucht jede politische Entwicklung ihre Zeit. Aber steht nicht gerade für die deutsche Politik in der Geschichte so oft das Mahnzeichen der verpassten Gelegenheiten? Schliesslich ist die Wiedervereinigung in erster Linie unsere Angelegenheit. Deshalb muss von der Politik der Bundesrepublik immer die Unruhe ausgehen, die neue Wege und neue Möglichkeiten zur Lösung dieses Problems zeigt. In den letzten Jahren ist die deutsche Politik oft in ungeeigneten Kreise aktiv gewesen. So bot der Kanzler im August 1950 einen Mehrbeitrag der Bundesrepublik an, statt auf ein Ersuchen der Westmächte in dieser Frage zu warten.

Vor zwei Jahren schien die Situation in der Frage der Wiedervereinigung ausweglos. Aber gerade die letzten Wochen haben bewiesen, wie schnell sich die Situation ändern kann, und es gilt, die alte Wahrheit zu behaupten: Bereit sein ist alles.

Zerfall der Regierungskoalition

Ein grosser Wandel ist auch innenpolitisch seit der Jahreswende 1954/55 zu verzeichnen. Vor zwei Jahren noch die Regierungskoalition, die über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag verfügte, die übermütige CDU, die glaubte, dass sie mit dem Wahlsieg 1953 für absehbare Zeit die politische Macht in der Bundesrepublik gewonnen habe. Aber die Regierungskoalition zerbrach in den letzten zwei Jahren, und nach den Kommunalwahlen weiss auch die CDU, dass sie durch ihre politische Sterilität das Vertrauen der Bevölkerung in zunehmender Masse verloren hat. Keine der notwendigen grossen Reformen konnte von dieser Regierung bisher verabschiedet werden. Obwohl die Rentenreform seit Jahren als das innenpolitische Problem Nr. 1 verkündet worden war, kam nur nicht zu einer gut vorbereiteten und durchdachten Entwurf der Regierung. Jetzt, in der Torchlusspanik, wenige Monate vor der Neuwahl, soll der Versuch gemacht werden, in der Reform der Altersrenten etwas zu erreichen. Sicher wird in den nächsten Wochen die Neuordnung vom Parlament verabschiedet werden. Aber alle Beteiligten haben das ungute Gefühl, dass hier eine Lösung kommt, die der Grösse der Aufgabe nicht gerecht wird.

Der Verabschiedung des Kartellgesetzes stehen grössere Schwierigkeiten entgegen, obwohl dieses Kartellgesetz, wenn man an der freien Marktwirtschaft festhalten will, eine unbedingte Notwendigkeit ist. In der Wirtschaftspolitik war die Bundesregierung gezwungen, in den letzten Wochen vor der gesamten Öffentlichkeit zuzugeben, dass in bestimmten Situationen ohne die Regelung durch staatliche Eingriffe nicht auszukommen ist, wie hat man in jedem Wahlkampf die Sozialdemokraten geschmäht, dass sie Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben befürworteten. Wie sehr mussten die Bezugshörner aus der Zeit des Hitlerkrieges und der notbeladenen Nachkriegszeit erhalten, um durch eine

solche politische Brunnenvergiftung sozialdemokratische Politik zu diffamieren. Jetzt verabschieden die Koalitionsparteien ein Gesetz, das der Regierung alle Eingriffe ermöglicht.

Desillusionierte Bonner Politik

Aussenpolitisch und innenpolitisch ist die grosse Desillusionierung über die Politik der Bundesregierung eingetreten. Das aussenpolitische Konzept der Politik der Stärke ist zu Ende. Das innenpolitische Rezept über das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder zieht nicht mehr. In der Bevölkerung greift immer mehr das Gefühl um sich, dass die Kräfte der Bundesregierung und der Regierungskoalition, vor allen Dingen die Kräfte der CDU nicht ausreichen, um den zukünftigen Entwicklungen gerecht zu werden. Der nach zwei Jahren so sichtbare Wandel in der politischen Entwicklung muss im Wahljahr 1957 den fortschrittlichen politischen Kräften, die in der Sozialdemokratie verkörpert sind, den Weg zur Bundesregierung ebnen.

+ + +

Glaube an die Erhaltung des Weltfriedens

FE - Rom, Ende Dezember 1956

Von allen Ländern Europas hat sich vielleicht Italien am wenigsten von der Kriegspsychose im Zusammenhang mit der Suizkrise beeinträchtigen lassen. Dafür spricht schon die Tatsache, dass es hierzulande keine Angstkäufe nennenswerten Umfangs gegeben hat, zum Unterschied von der Zeit der Korea-Krise, als Vorräte in grossem Stal gehemmt und die Preise dementsprechend in die Höhe getrieben wurden.

Eine Ausnahme macht hier nur der Petroleum- und Heizölsektor, auf dem die Verknappung der Vorratslage auch von amtlichen Stellen nicht geleugnet wird, weshalb sich viele Autofahrer einerseits, Industriebetriebe andererseits veranlasst gesehen haben, nach Möglichkeit Treibstoff- und Brennstoffvorräte anzulegen.

Anti-britische Grundstimmung

Eine der wenigen ideologischen Erbschaften des Faschismus, die sich bis heute in weiten Schichten des italienischen Volkes erhalten haben, ist die Antipathie gegen England. Man wird nicht so bald einen Italiener finden, ob es sich nun um einen Arbeiter, einen Angestellten oder einen Intellektuellen handelt, der nicht, sobald die Sprache auf England kommt, eine Reihe von Phrasen aus dem Mussolinischen Vokabular auspacken und vom "perfiden Albion" und dem engstirnigen Egoismus der englischen Politik sprechen wird. Dabei wird freilich nur zu leicht vergessen, dass der Erfinder des Satzes von "sacro egoismo" ja ein Italiener gewesen ist.

Diese anti-britische Grundstimmung lässt es erklärlich erscheinen, dass der Handtreich Englands und Frankreichs gegen Ägypten hier nahezu einstimmig aufs schärfste verurteilt worden ist und dass man insbesondere den Engländern die Derütigung durch den erzwungenen Rückzug aus Ägypten von Herzen vergönnt. Im Übrigen beschränkt man den mittelöstlichen Entwicklungen gegenüber im grossen und ganzen jene Haltung, die man in München mit "Eierruhe" bezeichnen würde - und dies, obwohl die Ausschaltung des Suezkanals gerade die italienischen Wirtschaftsinteressen auf

die vielfältigste Weise betrifft, hängt auch die Brennstoffversorgung ebenso wie die Rohstoffversorgung Italiens weitgehend von der Passierbarkeit des Kanals ab, wie denn auch andererseits der gesamte italienische Export nach dem Orient praktisch bis zur Wiederbetriebnahme des Kanals blockiert bleiben muss.

Die erwähnte "Bierruhe" ist also nur als der Vertrauen der massgebenden Kreise zu erklären, dass die Sperrung des Kanals nicht allzulange andauern dürfte. Sollte sich diese Zuversicht als trügerisch erweisen, dann müsste freilich die künftige Wirtschaftsentwicklung Italiens mit erheblicher Skepsis beurteilt werden; denn der Weg um das Kap der Guten Hoffnung, der für die von den europäischen Atlantikküsten nach den Osten ausfahrenden Schiffe noch zur Not diskutabel sein mag, wird für die italienische Schifffahrt im höchsten Masse anti-ökonomisch, und eine längere Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes müsste daher zu einer Verdrängung der italienischen Häfen und zur Lahmlegung grosser Teile der Exportindustrie führen.

Rege Anteilnahme an der ungarischen Tragödie

Während die Suszkrine in Italien verhältnismässig gleichmässig aufgenommen worden ist, haben die Ereignisse in Ungarn die Öffentlichkeit ausserordentlich erregt. Auch wenn man von den Studentendemonstrationen in den grossen italienischen Städten absieht, die teilweise einen penetrant neofaschistischen Ton annehmen, bleibt doch die Tatsache unverkennbar, dass der ungarische Freiheitskampf in nahezu allen Schichten der italienischen Bevölkerung die wärmste Anteilnahme weckte. Hier mögen gewisse Erinnerungen an das noch immer sehr lebendige "Risorgimento" wirksam gewesen sein, an Italiens eigenen Befreiungskampf vor mehr als einem Jahrhundert, welches "Risorgimento" je enge ideologische und auch persönliche Beziehungen zu dem damaligen ungarischen Aufstand und dessen Führern unterhielt.

Die ungarischen Flüchtlinge, die aus Österreich nach Italien weiterbefördert wurden, sind hier mit stürmischem Enthusiasmus aufgenommen worden und werden, soweit sie dauernd hier bleiben sollten, bestimmt leicht in Italien eine zweite Heimat finden. Jedenfalls hat sich die menschliche Hilfsbereitschaft des italienischen Volkes bei diesem Anlass wieder einmal hervorragend bewährt.

Nahezu alle ernsthaften politischen Kommentatoren stimmen im Übrigen dahin überein, dass die Ereignisse in Polen und Ungarn nur das Vorspiel zu tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Bereich des gesamten Sowjetimperiums darstellen dürften und dass wohl schon eine nahe Zukunft dort eine weitgehend veränderte Lage bringen wird.

So präsentiert sich das Jahr 1957 dem italienischen Publikum als ein Jahr, das vielleicht sehr wichtige Veränderungen der weltpolitischen Situation einleiten wird, ohne dass man jedoch katastrophale Weiterungen in irgendeiner Beziehung befürchtet. Die Tatsache, dass die kritische Lage im Spätherbst 1956 mit verdienten Kräften geistert werden konnte, wird allgemein als ein gutes Omen für die fernere Erhaltung des Weltfriedens angesehen.

Ein Landespolitiker von Formst

mu, Kiel

Am 27. Dezember wurde der sozialdemokratische Politiker und Landtagsabgeordnete Wilhelm Käber 60 Jahre alt. Von diesem Parlamentarier kann man mit Recht feststellen, dass er sich der schleswig-holsteinischen Landespolitik verschrieben hat. Käber ist heute als Oppositionsführer souveräner Gegenspieler des christlichen Deackrates von Hasseel, der ein Koalitionskabinett führt.

Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland, in dem es nach englischem Vorbild neben der Regierung eine hervorgehobene und im Spiel der politischen Kräfte gleichberechtigte Opposition gibt. Käber hat die stütztragende Opposition zur Regierung in die Begriffswelt der Schleswig-holsteinischen Landespolitik eingeführt. Dieser politischen Amt hat er im Interesse der Bevölkerung Gewicht und Ansehen verliehen. Er hat unter Beweis gestellt, dass die stärkste Partei Schleswig-Holsteins in jeder Beziehung konstruktive Mitarbeit leistet.

Käber hat das Amt des Oppositionsführers seit 1953 inne. Dem Landtag gehört er bereits seit 1946 ununterbrochen an. Über zehn Jahre lang hat der sozialdemokratische Politiker sich in seiner wirksamen Arbeit ganz besonders auf die Innen- oder Landespolitik konzentriert, dabei aber auch ein Mitwirken auf gute nachbarliche Beziehungen zu Dänemark - einer aussenpolitischen Frage - nicht ausser Acht gelassen. Fast alle Landesgesetze aus dieser Zeit tragen die Marke seiner Auffassung.

Mehrere Jahre hat Käber auch die Verantwortung des Regierungsmannes getragen und zwar zu einer Zeit, da die Schatten von Krieg und Zusammenbruch noch über ein Drittel Flächenteils des schleswig-holsteinischen Landes lagen. Käber übernahm 1947 das Amt des Innenministers und war in den Jahren 1949 und 1950 stellvertretender Ministerpräsident in der sozialdemokratischen Landesregierung. In diesen Jahren hat er die innere Verwaltung und die Polizei neu geordnet und bestimmend die kommenden Richtlinien für die Aufbaupolitik des Landes mit erarbeitet.

Innenpolitik im Landesraumbereich ist immer mit enger Beziehung zur Kommunalpolitik verbunden. Diese Beziehung hat der heute 60jährige seit 1921, da er Gemeindevorsteher und Kreistagsabgeordneter wurde, immer gepflegt. 1933 wurde der Kommunalbeamte Käber wegen seiner unerschrockenen demokratischen Gesinnung von den Machthabern des Dritten Reiches aus seinem Amt gewiesen und Käber musste auf den Beruf des Kaufmanns "ausweichen". Sofort nach dem Zusammenbruch bis 1955 war er dann Gemeindevorsteher in der kleinen Gemeinde Lockstedter Läger und Kreistagsmitglied des Landkreises Steinburg. Seine auch hier gewonnenen Erfahrungen in der vielfältigen Kommunalpolitik bringt Käber seit vielen Jahren auch in kommunalpolitischer Beirat des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Bonn zur Geltung, dessen Mitglied er ist.

Begegnung zweier Welten

Der. Zum zweiten Male in diesem Jahr weilte der indische Ministerpräsident Nehru, wenn auch diesmal nur für eine kurze Zeit, auf deutschem Boden. Auf dem Rückflug von Grossbritannien nach Delhi hatte er auf dem Düsseldorfer Flugplatz einen einstündigen Aufenthalt. Der Bundeskanzler verdient Dank und Anerkennung, dass er diese einzigartige Gelegenheit benutzte, um im Gespräch mit dem hohen indischen Gast sich direkt über eine im schnellen Fluss befindliche weltpolitische Entwicklung zu unterrichten, an deren Stärke und Richtung Indien einen sehr gewichtigen Anteil hat. Indiens Stimme kann im Konzert der Völker nicht mehr überhört werden.

Der grosse indische Staatsmann ist sich der Bedeutung der deutschen Wiedervereinigung als eines friedenssichernden Faktors wohl bewusst. In vielen Reden hat er ihre Notwendigkeit und auch Dringlichkeit hervorgehoben. Seine Überlegungen, wie dieser mögliche europäische Brandherd - und das ist die deutsche Spaltung - ausgelöscht werden könnte, deckte und deckt sich in Vergangenheit und Gegenwart allerdings nicht mit der Bonner offiziellen Politik. Nehru ist kein Freund von Militärblöcken. Er sieht in ihnen das stärkste Hindernis für einen weltumspannenden Ausgleich. In seiner Rede vor den Vereinten Nationen widerlegte er die Theorie von der urchten Sicherheit durch verstärkte Rüstung, wandte er sich mit Nachdruck gegen die weitere Unterhaltung von Militärstützpunkten gewisser Mächte in anderen Ländern, so die Anwesenheit fremder Truppen ständigen Anlass zur Aufregung etc. Im Abzug aller ausländischen Truppen aus den verschiedensten Gebieten der Welt sieht er eine Vorbedingung für wirksame Abrüstungsversuche.

Diese Gedankengänge bildeten den Hintergrund des vielstündigen Gespräches mit dem amerikanischen Präsidenten, das sich in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens abwickelte und das, wenn es auch in keinen konkreten, sich unmittelbar auswirkenden Beschlüssen seinen Niederschlag fand, einen Meilenstein in dieser Phase der Weltpolitik bedeutet. Die Zusammenarbeit Washington, London, Paris und Bonn verliert an Gewicht und Bedeutung vor den neuen Beziehungen zwischen Washington und Delhi. Die amerikanische Politik mit ihrer erstaunlichen Fähigkeit

zur Elastizität befindet sich in einem Prozess der Umbildung und Neuorientierung, der sich mit dem indischen Streben nach neuen Wegen in der Lösung spannungsgeladener weltpolitischer Gegensätze begegnet. So ist die Diskussion über die Konsequenzen der tragischen Ereignisse im Oktober und November am Suez und in Ungarn in vollen Gange. Die Zeit "voller Gefahren, aber auch reicher Möglichkeiten zur Neugestaltung" (Dulles) findet eine Aufgeschlossenheit des Denkens, deren Kühnheit und Weitblick noch vor wenigen Monaten unvorstellbar war.

Nur zögernd folgt die offizielle Bonner Politik den Strömungen in der Weltpolitik. Eine gewisse Auflockerung des bisherigen starren Denkschemas ist wohl eingetreten, wenn man die letzten Erklärungen des Bundeskanzlers Adenauer und des Außenministers von Brentano beim Worte nimmt, aber sie reicht nicht aus, um von dieser Seite der Entwicklung neue Impulse zu geben. Der Zusammenbruch aller Ordnungen, auf denen eine zehnjährige Nachkriegspolitik von West und Ost fußte, findet in Bonn noch keine starke Resonanz, es ist noch zu stark mit der Welt des Kalten Krieges verbunden, um seinen Blick auf neue Ufer lenken zu können.

Zwei Welten treffen sich in der Begegnung zwischen dem indischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler. Für unser gespaltenes Volk ist es freilich eine Lebensfrage, ob es den Anschluss an die neu sich entwickelnde Weltlage findet, die gekennzeichnet ist durch eine Auflockerung der bestehenden Militärblöcke, durch die wachsende Stellung Indiens und der ihm befreundeten Staatengruppe in der Weltpolitik und durch neue Möglichkeiten, in der deutschen Frage durch eine Aufgabe der bisherigen Paktspolitik voranzukommen. Das setzt freilich eine andere politische Haltung Bonns voraus. Es genügt nicht allein, sich von Nehru unterrichten zu lassen, dazu bedarf es schon einer Überprüfung der bisherigen Politik, für die freilich das zu Ende gehende Jahr keine verheißungsvoller Anzeichen gebracht hat.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau